

Aufbau einer Berliner Geodateninfrastruktur (GDI-Berlin)

Anstrengungen zum Aufbau und zum Betrieb von Geodateninfrastrukturen (GDI) werden von der öffentlichen Verwaltung zur Zeit auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene unternommen. Seit 2004 behandelt das Land Berlin das Thema GDI aus einer verwaltungsübergreifenden Sicht. Ansätze für eine Geodateninfrastruktur sind in den einzelnen Fachverwaltungen schon seit Jahren vorhanden. Bisher fehlt jedoch ein verwaltungsübergreifendes Konzept, das die vorhandenen Ressourcen effektiv bündelt und gezielt weiter entwickelt. Aus dieser Erkenntnis heraus wurde das Projekt „Aufbau einer Berliner Geodateninfrastruktur (GDI-Berlin) – Konzeptphase“ eingerichtet. Inzwischen sind erste Projektabschnitte abgeschlossen. Eine Analyse und Bewertung des Ist-Zustands und eine Definition des anzustrebenden Soll-Zustands für eine Berliner Geodateninfrastruktur liegen vor. Dieser Beitrag gibt den aktuellen Zwischenstand des Projekts wieder (siehe auch www.stadtentwicklung.berlin.de/geoinformation/).

Einführung

In den letzten Jahren hat sich der Charakter von Erzeugnissen, in denen raumbezogene Inhalte dargestellt werden, wie z.B. im Vermessungswesen, im Liegenschaftswesen, in der Raumordnung und im Umweltbereich, durch die neuen Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologien verändert – von „statischen“ Kartenerzeugnissen hin zu Produkten, die mit Geoinformationssystemen „dynamisch“ generiert werden. Geoinformationssysteme erweitern bzw. lösen die bisher klassischen Kartenwerke und Methoden der Kartenherstellung und -nutzung ab. Moderne Informationssysteme und Datenbanktechniken machen es heute möglich, Daten verschiedener Fachbereiche über einen einheitlichen

Raumbezug miteinander zu verknüpfen und unmittelbar zu präsentieren. Eine ausreichende Dokumentation der Datenbestände durch Metadaten sichert die Akzeptanz sowohl der Datenbestände als auch der modernen Methoden und Techniken durch die Nutzer.

Die zur Gewinnung und Anwendung von Geoinformationen zur Verfügung stehenden Daten, Methoden, Technologien und Standards werden als Geodateninfrastruktur (GDI) bezeichnet. Eine funktionierende GDI versorgt Anbieter und Nutzer gleichermaßen optimal über ein Geoportal mit Geodaten und den dazugehörigen Informationen. Damit dies gelingt, sind organisatorische und rechtliche Regelungen zu treffen, die ebenfalls notwendige Komponenten einer funktionierenden GDI sind.

Das Ziel der leichteren Geoinformationsverwendung durch den Aufbau einer GDI wird derzeit sowohl auf internationaler als auch auf nationaler und regionaler Ebene verfolgt. Unter Verwendung standardisierter Geoinformationsdienste werden GDI aufgebaut, die über System- und Verwaltungsgrenzen hinweg die Nutzung von dezentral vorgehaltenen Geoinformationen ermöglichen. Ziel ist sowohl eine Effizienzsteigerung für den Umgang mit Geoinformationen als auch eine Qualitätssteigerung, indem der Zugriff auf aktuelle Informationen erleichtert wird. Nutznießer einer GDI sind Anbieter und Nutzer gleichzeitig, da sich z.B. die Kosten durch Vermeidung von Mehrfacherhebungen reduzieren oder der Datenzugriff erleichtert wird.

Ausgangssituation in Berlin

Bedingt durch die veränderten Möglichkeiten, die moderne Informationssysteme und Datenbanktechniken bieten, wurden auch in Berlin in den vergangenen Jahren verschiedene Initiativen, z.B. im Rahmen des Berliner e-Government-Masterplans gestartet, die den Zugriff auf und den Umgang mit Geoinformationen erleichtern. Hierbei handelte es sich zwar um innovative aber i.d.R. auch isolierte Projekte, die einzelne Fachbereiche innerhalb der Verwaltung vorangetrieben haben, ohne dass eine verwaltungsübergreifende Strategie und Umsetzungskonzepte entwickelt worden sind, mit denen insgesamt eine verbesserte und landesweit koordinierte Bereitstellung und Nutzung von Geoinformationen ermöglicht wird.

In der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (SenStadt), die für den überwiegenden Teil der Geoinformationen, die von der Berliner Verwaltung zu erfassen, zu führen und bereitzustellen sind, verantwortlich ist, wurde mit dem im Oktober 2003

erstellten Papier „e-Government-Strategie SenStadt“ ein Versuch unternommen, für die verschiedenen e-Government-Projekte bei SenStadt, die wesentliche Bestandteile des e-Government-Masterplans sind, eine eigene Strategie zu entwickeln. Das nahezu alle e-Government-Projekte berührende Thema der Bereitstellung und Nutzung von Geoinformationen wurde als ein zentrales Thema erkannt und eine behördenübergreifende Erarbeitung einer Entwicklungsstrategie gefordert.

Auf Initiative von SenStadt wurde daraufhin in der ersten Jahreshälfte 2004 von einer verwaltungsübergreifenden Arbeitsgruppe ein „Grundlagenpapier zum Aufbau einer Berliner Geodateninfrastruktur“ erarbeitet. Neben der Definition von Begriffen, die im Zusammenhang mit einer GDI stehen, und einer Beschreibung der internationalen und nationalen GDI-Aktivitäten wurde die gegenwärtige Berliner Situation analysiert. Dieses Papier bildete die Grundlage für die Initiierung des Projekts „Aufbau einer Berliner Geodateninfrastruktur (GDI-Berlin) – Konzeptphase“.

Projekt GDI-Berlin

Am 21. Juni 2004 wurde mit der konstituierenden Sitzung des Lenkungsgremiums das Projekt „Aufbau einer Berliner Geodateninfrastruktur (GDI-Berlin) – Konzeptphase“ gestartet. In der Präambel des Grundsatzbeschlusses „Aufbau einer Berliner Geodateninfrastruktur“, der von den Staatssekretären der beteiligten Verwaltungen in der konstituierenden Sitzung gefasst wurde, heißt es: „In Kenntnis der Stärken und Schwächen bzgl. Geoinformationen haben die Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung, für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, für Inneres und die Senatskanzlei die Initiative für die Einsetzung eines verwaltungsinternen Pro-

jekts zur Vorbereitung des Aufbaus einer zeitgemäßen GDI in Berlin ergriffen und das Projekt GDI-Berlin in ihrer Trägerschaft am 21. Juni 2004 konstituiert.“ Der Senat von Berlin nahm am 14. September 2004 durch Senatsbeschluss zustimmend von dem Projekt Kenntnis.

Die Trägerschaft des Projekts ist damit begründet, dass die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung für die Fachbereiche Vermessungswesen, Umwelt, Stadtplanung und Verkehr verantwortlich ist, die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen die Belange der Wirtschaft vertritt, die Senatsverwaltung für Inneres für die IT-Infrastruktur des Landes zuständig ist und die Senatskanzlei das Stadtinformationssystem „Berlin.de“ verantwortet.

Ziel des Projekts ist es, ein Konzept für die notwendigen Voraussetzungen zu erarbeiten, durch die Anbieter und Nutzer von Geodaten optimal versorgt und über geplante und zusätzlich benötigte Geodaten sowie Zugriffsmöglichkeiten informiert werden (Geodateninfrastruktur). Zentraler Bestandteil ist die Erarbeitung von Grundsätzen für eine gemeinsame Kommunikationsplattform (Geoportal), durch die auf Geoinformationen zugegriffen werden kann. Es soll eine umfassende und nachhaltige Verbesserung der Nutzung von Geoinformationen erreicht werden. Ziel des Projekts ist es noch nicht, eine GDI in Berlin zu realisieren. Das Konzept soll die folgenden Teile umfassen:

- Analyse und Bewertung des Ist-Zustands,
- Definition des anzustrebenden Soll-Zustands und
- Umsetzungsplan.

Mit dem Konzept sollen

- der Geschäftsprozess und die Organisationsstruktur der Bereitstellung von Geoinformationen optimiert werden,

- Geoinformationen besser als bisher erschlossen und präsentiert werden sowie
- die Verwertung und Veredelung von Geoinformationen mit einem optimierten Geschäftsmodell ausgebaut werden.

Die Erfassung und Führung der Geoinformationen wird unverändert in den zuständigen Fachbereichen erfolgen. Die Fachbereiche bleiben „Herr ihrer Daten“.

Der Aufbau der GDI-Berlin ist im nationalen und auch internationalen Kontext zu sehen. Die von anderen Bundesländern, dem Bund und internationalen Initiativen gesetzten Rahmenentwicklungen und Randbedingungen für den Aufbau einer GDI sind zu berücksichtigen. Eine Kooperation mit dem Bund und den anderen Bundesländern, insbesondere mit dem Land Brandenburg ist anzustreben. Ziel ist eine zeitnahe strategische Abstimmung der beiden Initiativen zum Aufbau einer GDI, die Durchführung gemeinsamer Projekte und letztendlich die Schaffung einer GDI für die Region Berlin-Brandenburg zu erreichen.

Das Projekt bedient sich externer Unterstützung, die insbesondere der Qualitätssicherung des Projekts dient. Im Februar 2005 wurde die Firma lat/ lon als externer Berater ausgewählt. Seitdem begleitet lat/ lon die Projektsitzungen und unterstützt die Projektarbeit.

Projektorganisation

Das Projekt hat folgende Organisationsstruktur:

Das **Lenkungsgremium**, das mit Staatssekretären der beteiligten Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Arbeit und Frauen sowie Inneres, dem Chef der Senatskanzlei, einem Bezirksbürgermeister und einem Vertreter des Landes Brandenburg besetzt ist, vertritt das Projekt im politischen Raum. Den Vorsitz des Len-

kungsgremiums nimmt die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung war.

Der **Projektausschuss**, dem neben Vertretern der beteiligten Senatsverwaltungen und der Senatskanzlei außerdem jeweils ein Vertreter des Statistischen Landesamts, des Landes Brandenburgs und 2 Vertreter der Berliner Bezirke angehören, leistet die fachliche Arbeit und dient als Abstimmungsgremium der beteiligten Verwaltungen.

Die **Projektleitung** liegt bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen. Neben der eigentlichen Projektleitung bereitet sie die Sitzungen der Projektgremien vor und informiert das Lenkungs-gremium.

Analyse und Bewertung des Ist-Zustands

Im Rahmen der Analyse und Bewertung des Ist-Zustands wurden die Anbieter und Nutzer von Geoinformationen in der Berliner Verwaltung im Frühjahr 2005 mit Hilfe einer Fragebogenaktion zu ihren Erfahrungen mit Geoinformationen befragt. Der Fragebogen wurde an 260 Stellen der Berliner Verwaltung versandt. Mit dem Fragebogen wurden die Stellen zur Nutzung und Herstellung von Geoinformationen befragt sowie um Vorschläge zu Geoinformationsprodukten und um Äußerung ihrer Erwartungen an eine GDI gebeten. Über 60% der versandten Fragebögen wurden beantwortet.

In Ergänzung zur Fragebogenaktion wurden die Teilnehmer an der Aktion am 9. März 2005 zu einer Auftaktveranstaltung zum Projekt eingeladen. Über 100 Teilnehmer nahmen die Einladung an. In der Auftaktveranstaltung wurden die Teilnehmer über den bisherigen Verlauf und die Ziele

des Projekts sowie über ausgewählte Projekte der Berliner Verwaltung mit Geoinformationsbezug informiert. Darüber hinaus führte der externe Berater vertiefende Interviews mit 10 ausgewählten Nutzern und Herstellern von Geoinformationen durch. Die Analyse und Bewertung des Ist-Zustands ergab, dass in Berlin bereits wesentliche Elemente einer GDI existieren:

- Das Geodatenmanagement gehört in den Fachbereichen der Berliner Verwaltung, die sich überwiegend mit Geoinformationen beschäftigen, zum täglichen Geschäft.
- Ansatzweise wurden Wertschöpfungsketten durch Kooperation verschiedener GDI-Akteure (Anbieter, Veredler, Nachfrager) aufgebaut.
- Es gibt ein fachübergreifendes Informationssystem (FIS-BROKER), das Infrastrukturelemente enthält (ein Portal, das das Auffinden, Verknüpfen, Visualisieren und interaktive Explorieren von raumbezogenen Datenbeständen erlaubt; einen Katalog, der alle verfügbaren raumbezogenen Datenbestände verzeichnet und über das Portal erschließbar ist; Dienste, die zum Teil bereits die technischen Anforderungen der GDI-Berlin erfüllen, zum Teil noch diesbezüglich ausgebaut werden müssen).
- Es sind Web-gestützte Anwendungen im Einsatz, die jeweils eine nutzungs- oder angebotsorientierte Spezialisierung aufweisen. So können z.B. auf die aktuellen und amtlichen Daten des Liegenschaftskatasters sowie die Landeskartenwerke in den Maßstäben 1:10 000 und 1:50 000 gesichert zugegriffen werden (LIKA-Auskunft) und es werden über den Internetauftritt des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in Berlin Informationen über den Berliner Immobilienmarkt

zur Verfügung gestellt (GAA-online). Während die LIKA-Auskunft Mechanismen zur vertragsbasierten Abrechnung nutzt, verfügt GAA-online über einen e-Payment Dienst.

Die Analyse und Bewertung des Ist-Zustands hat jedoch auch gezeigt, dass der effiziente Umgang mit Geoinformationen noch eingeschränkt ist:

- Es existiert kein vollständiges Verzeichnis aller vorhandenen Geoinformationen, mit Informationen über Eigentümer, Zweckbestimmung, Qualität, Verfügbarkeit, Zugangswege, etc..
- Geoinformationen sind nicht für alle Nutzer bzw. hinsichtlich aller Nutzeranforderungen optimal verfügbar.
- Geoinformationen sind nicht optimal aufeinander abgestimmt.
- Neben technisch sehr gut ausgestatteten Arbeitsplätzen gibt es unzureichende Ausstattungen, die eine effektive Geoinformationsnutzung z.T. behindern.
- Die Bereitstellung von Geoinformationen und geoinformationsbezogenen Dienstleistungen erfolgt zu unterschiedlichen rechtlichen und finanziellen Konditionen, was zu Unsicherheiten bei den Nutzern führt.

Zusammenfassend kann als Ergebnis der Analyse und Bewertung des Ist-Zustands festgehalten werden, dass Berlin über eine solide Grundlage zum Aufbau einer GDI verfügt. Geoinformationen werden in einer Vielzahl von fachlichen Zusammenhängen intensiv genutzt und viele wichtige Infrastrukturelemente sind bereits vorhanden. Dazu gehören insbesondere die Geoinformationen selber, das über entsprechendes Know-How verfügende Personal, die bestehenden Kommunikationsstrukturen und Geschäftsbeziehungen sowie die be-

reits realisierten Geodienste und Geoanwendungen. Auf dieser soliden Grundlage kann eine GDI durch organisatorische und koordinierende Maßnahmen, flankiert durch die Verbesserung der rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen in Berlin aufgebaut werden.

Im Einzelnen wurde folgender Handlungsbedarf aus der Analyse und Bewertung des Ist-Zustands abgeleitet:

- Es ist ein einheitlicher Berlin-weiter Geoinformationskatalog aufzubauen, der den Ausgangspunkt für ein Metadateninformationssystem bildet.
- Die Zugangswege zu Geoinformationen sind über eine dienstbasierte Architektur zu vereinfachen und zu vereinheitlichen, die dem Stand der Technik entspricht und die Anforderungen von bundesdeutscher und europäischer Ebene berücksichtigt.
- Zur Sicherung der Dienstoperabilität ist ein technisches Regelwerk zu schaffen, das festlegt, welche Dienste in welcher Ausprägung in der GDI-Berlin zugelassen sind.
- Vorhandene Geoanwendungen sollen WMS-Dienste als Standard-Zugriffsschnittstelle für die bereits in der Anwendung enthaltenen Datenbestände zur Verfügung stellen. Darüber hinaus sind weitere Datenbestände über WMS verfügbar zu machen.
- Die vorhandenen Ansätze zum Aufbau eines Geodatenmanagements sind zu stärken und zu koordinieren.
- Für eine funktionierende GDI ist die Vereinheitlichung von Nutzungsbedingungen für Geoinformationen eine wichtige Randbedingung. Rechtliche Rahmenbedingungen sind deshalb zu analysieren, um den gesetzlichen Änderungsbedarf

zu identifizieren und sofort umsetzbare Lösungen für die Praxis aufzuzeigen.

- Über ein Koordinierungsgremium sind die Vertreter aller relevanten Organisationseinheiten zu vernetzen, um fachliche und technische Fragestellungen zu diskutieren.

Definition des anzustrebenden Sollzustands

Parallel zur Analyse und Bewertung des Ist-Zustands wurde mit der Erarbeitung eines Sollkonzepts begonnen. Das Sollkonzept ist so definiert, dass es einen anzustrebenden Zielzustand der GDI-Berlin nach drei Jahren Realisierungszeit beschreibt. Das Sollkonzept bereitet den dritten Projektabschnitt, die Erarbeitung des Umsetzungsplans, vor.

Unter der Voraussetzung, dass das Projekt im Jahr 2006 abgeschlossen und ohne weiteren Zeitverzug mit der Realisierung der GDI-Berlin begonnen wird, kann der Zielzustand demzufolge 2009 erreicht werden. Unabhängig davon gibt es keinen definierten Anfangs- und Endpunkt, da bereits ein Teil dessen existiert, was die GDI-Berlin ausmacht (Komponenten, Regelungen, Ressourcen, etc.) und auch über 2009 hinaus die GDI-Berlin weiterentwickelt werden wird.

Zu Beginn des Projekts wurden die Ziele des Projekts nochmals konkretisiert und dem externen Berater als Leitfaden für die Erstellung eines Sollkonzepts an die Hand gegeben. Danach soll mit der GDI-Berlin eine umfassende und nachhaltige Verbesserung der Nutzung von Geodaten erreicht werden, wozu das Bereitstellen von Daten, Metadaten und Methoden für externe und interne Nutzer gehört. Die GDI-Berlin soll Auskunftssysteme, IT-Verfahren und sonstige Vertriebsformen unterstützen und

geeignet sein, alle vorhandenen/ benötigten Geodaten zu erschließen. Der Aufbau und Betrieb muss dem Gebot der Wirtschaftlichkeit genügen, d.h. insbesondere für Anbieter, Betreiber und Nutzer wirtschaftlich sein. Dabei ist die Sicherstellung inhaltlicher und technischer Kompatibilität eine wichtige Voraussetzung. Die Angebote, Dienstleistungen und Produkte, die über die GDI-Berlin angeboten werden, müssen eine hohe Qualität aufweisen. Dazu gehört, dass Nutzeranforderungen erfüllt werden, der aktuelle Stand der Technik berücksichtigt wird und dass Geoinformationen mit einer hohen Aktualität und Zuverlässigkeit vorliegen.

Die wesentlichen Aussagen des Sollkonzepts sind:

Technische Architektur

Im Rahmen des Sollkonzepts werden die Grundlagen der technischen Architektur definiert, mit denen eine GDI in den Wirkbetrieb überführt werden kann.

Die technische Architektur:

- fokussiert auf nutzerorientierte Produkte, Prozesse und Dienste, nicht auf Daten.
- basiert auf vorhandene Standards und – falls notwendig – auf Erweiterungen.
- ist unabhängig von speziellen Anbietern, Inhalten und Institutionen.
- setzt auf das Konzept der Verteilung von Inhalten, Akteuren und Komponenten.
- unterstützt die Akteure dabei, den Zugriff auf ihre Geoinformationen zu kontrollieren.
- ist evolutionär angelegt und integriert bestehende Systeme, anstatt sie zu ersetzen.
- wird inkrementell und komponentenbasiert entwickelt.

Ziel ist es, die GDI-Berlin als dienstbasierte Infrastruktur zu realisieren, bei der

vorhandene OGC/ISO-Standards angewendet werden, wo immer dies möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist. Bei der Erarbeitung von neuen Standards oder der Ergänzung/ Anpassung vorhandener Standards wird großer Wert auf Abstimmung mit ähnlichen oder benachbarten Initiativen, Projekten und Organisationen gelegt. Die Stabilität der GDI wird u.a. durch Festlegungen auf der untersten technischen Ebene, dem sog. „Regelwerk“ durch Einfrieren von Versionen der zu verwendeten Standards erzielt. Metadatenstrukturen sind an der ISO 19115 auszurichten. Insbesondere ist sicherzustellen, dass die Kernelemente verfügbar sind. Nur durch die strenge Einhaltung von Mindeststandards ist ein Austausch von Metadaten möglich. Bei der Einrichtung von Diensten sind Dienste-Metadaten entsprechend ISO 19119 zu erfassen und über geeignete Mechanismen verfügbar zu machen.

Organisation

Einen besonders breiten Rahmen bei der Erarbeitung des Sollkonzepts hat die Diskussion zur Aufgabenverteilung im operativen Betrieb der GDI-Berlin in Anspruch genommen. Bereits im Grundsatzbeschluss ist festgelegt worden, dass eine Koordinierungsstelle innerhalb der Verwaltung und ein Content Provider eingerichtet werden soll.

Im Sollkonzept wird nun präzisiert, dass mit der Koordinierungsstelle eine Organisationseinheit geschaffen werden soll, die für den reibungslosen Betrieb der GDI verantwortlich ist. Sie koordiniert die Akteure der verschiedenen Fachbereiche der Verwaltung innerhalb der GDI, erledigt die damit zusammenhängenden Aufgaben der Qualitätssicherung und des Controllings, überwacht den Content Provider und entscheidet über fachlich-technische Fragen.

Die Aufgaben Vertrieb, Betrieb des Geoportals und Bereitstellung des zentralen Katalogs der GDI-Berlin werden dem Content Providers zugeordnet. Er handelt im Auftrag der Koordinierungsstelle und stimmt seine Aktivitäten mit ihr ab. Insbesondere tritt er als Schnittstelle zur Privatwirtschaft auf. Im Rahmen zu vereinbarenden Möglichkeiten handelt der Content Provider im Auftrag von GDI-Akteuren innerhalb und außerhalb der Verwaltung. Zur Erfüllung seiner Aufgaben benötigt er eine allgemeine IT-Infrastruktur und allgemeine Dienste wie z.B. einen e-Payment-Dienst. Diese Ressourcen können entweder vom Content Provider beauftragt werden, oder er greift auf Ressourcen der öffentlichen Verwaltung zurück. Er stellt insbesondere jene Dienste zur Verfügung, die es ihm ermöglichen seine Aufgabe als zentralen Einstiegspunkt in die GDI-Berlin zu erfüllen.

Während die Koordinierungsstelle innerhalb der Verwaltung angesiedelt sein wird, sind für den Content Provider verschiedene Organisationsformen innerhalb und außerhalb der Verwaltung möglich. Über die Organisationsform des Content-Providers ist noch nicht entschieden. Denkbar ist eine schrittweise Entwicklung des Content-Providers von einer Stelle innerhalb der Verwaltung hin zu einer privatrechtlichen Organisationsform.

Finanzielle Konsequenzen

Im Rahmen des Sollkonzepts werden lediglich theoretische Überlegungen zur Finanzierung der GDI-Berlin angestellt. Die finanziellen Konsequenzen werden erst mit der Erarbeitung des Umsetzungsplans im dritten Projektabschnitt konkretisiert.

Die GDI-Berlin bedingt Ausgaben, da neue Organisationseinheiten (Content Provider, Koordinierungsstelle) einzurichten

sind und Anpassungen bei der IT-Technik-ausstattung erforderlich sein werden. Eine Erhöhung der Einnahmen wird durch den im Rahmen einer GDI einfacheren und vermehrten Absatz von Geoinformationen erwartet. Außerdem werden höhere Steuereinnahmen durch Steigerung der wirtschaftlichen Nutzung von Geoinformationen in der privaten Wirtschaft prognostiziert.

Den durch die GDI verursachten Ausgaben sind neben den Einnahmen auch folgende Effizienzsteigerungen gegenüberzustellen:

- Die Versorgung innerhalb der Verwaltung mit Geoinformationen wird einfacher und qualitativ besser.
- Vorhandene Geoinformationsprodukte werden intensiver genutzt.
- Die Einrichtung neuer und zusätzlicher Geoinformationsdienste ist deutlich günstiger und effizienter als bisher.
- Doppelarbeit und Doppelinvestitionen werden vermieden, da Strukturelemente der GDI vielen Nutzern als „generische Dienste“ zur Verfügung gestellt werden.
- Bürger und Wirtschaft können umfassender, schneller und qualitativ besser informiert werden.
- Der Vollzug im Zusammenhang von Informationsrechten und -pflichten erlassener Gesetze und Richtlinien wird vereinfacht (z.B. Umweltinformationsgesetz, Datenabgabe an Bundesstellen, geplante INSPIRE-Richtlinie, usw.).

Bei der Mehrzahl der GDI-Initiativen bilden aus finanzieller Sicht die Effizienzsteigerungen und die Erwartung von Einnahmesteigerungen aus Steuern durch Umsatzsteigerungen in der Geoinformationswirtschaft die wesentlichen Motive zum Aufbau einer GDI. Über die Empfehlung

des externen Beraters auch in Berlin diese Prioritätenbildung vorzunehmen, wurde noch nicht entschieden. Gleiches gilt für die Empfehlung, beim Aufbau der GDI-Berlin wirtschaftliche Effekte und daraus resultierende Steuereinnahmen höher zu priorisieren als Einnahmesteigerungen aus Gebühreneinnahmen.

Zusammenarbeit Berlin-Brandenburg

Auf Grund seiner besonderen geographischen Lage hat sich Berlin bereits in seinem Grundsatzbeschluss „Aufbau einer Berliner Geodateninfrastruktur“ dazu bekannt, dass für den Aufbau einer GDI „eine Zusammenarbeit über Verwaltungsgrenzen hinweg erforderlich und eine Kooperation mit dem Bund und anderen Bundesländern, insbesondere mit dem Land Brandenburg anzustreben ist.“

Um dieses Ziel mittelfristig zu erreichen, nehmen bereits heute Vertreter des jeweils anderen Bundeslandes an Projektsitzungen teil, so dass der Informationsfluss über die jeweilige Entwicklung der GDI-Initiativen gewährleistet ist.

Ein Vergleich der GDI-Konzepte beider Länder durch den externen Berater hat ergeben, dass insbesondere bei den allgemeinen Zielen und bei der technischen Architektur eine große Übereinstimmung zwischen der GDI-Berlin und der Geodateninfrastruktur Brandenburg (GIB) herrscht. Direkte Ansatzpunkte für die Zusammenarbeit beider Länder mit denen unmittelbar begonnen werden kann, sind:

- der Erarbeitung eines gemeinsamen Regelwerks, das in Abstimmung jährlich aktualisiert wird,
- einem abgestimmten Vorgehen beim Aufbau von Geodatenkatalog, Metainformationssystem und Katalogdiensten,

- einem abgestimmten Vorgehen beim Aufbau von Basis-Diensten mit zentralen Basisdaten wie Topographie, Orthophotos, Umwelt- und Planungsdaten.

Zusammenarbeit mit Externen

Externe Stellen außerhalb der Berliner Verwaltung (z.B. die Berliner Energieversorger, die Berliner Verkehrsbetriebe, die Industrie- und Handelskammer, die Deutsche Bahn AG, der Liegenschaftsfonds, die Berliner Feuerwehr, der Polizeipräsident Berlin und das GeoForschungsZentrum Potsdam) wurden erstmalig am 14. Juni 2005 im Rahmen eines Workshops in das Projekt eingebunden. Den externen Stellen wurden im ersten Teil des Workshops das Ergebnis der verwaltungsinternen Fragebogenaktion und der aktuelle Stand des Sollkonzepts vorgestellt. In einem zweiten Teil des Workshops hatten die externen Stellen Gelegenheit, sowohl über ihre Erfahrungen mit und ihre Anforderungen an die Geoinformationen der öffentlichen Verwaltung zu berichten als auch ihre Anforderungen an eine GDI-Berlin zu formulieren und ihre Bereitschaft zur Mitwirkung an einer GDI-Berlin zu bekunden.

Die verwaltungsexternen Teilnehmer begrüßten die eingeleiteten Aktivitäten zum Aufbau einer GDI-Berlin, äußerten sich aber zurückhaltend hinsichtlich einer unmittelbaren Beteiligung durch Einstellen eigener Datenbestände. Dieses wird erst in Erwägung gezogen, nachdem die GDI-Berlin ihre Funktionsfähigkeit gezeigt hat. Die Erwartungen der verwaltungsexternen Teilnehmer an eine GDI-Berlin richten sich zunächst an einen gesicherten Zugang zu den Geodaten der Verwaltung. Dass die Geodaten der Verwaltung aktuell, verknüpfbar und vor allem verfügbar sein müssen, wird

als Hauptforderung an die Verwaltung formuliert.

Ausblick

Mit der Fertigstellung des Sollkonzepts liegt eine gute theoretische Grundlage für den Aufbau einer Geodateninfrastruktur in Berlin vor. Dagegen müssen aus heutiger Sicht die praktischen Rahmenbedingungen auf Grund der extremen Haushaltsnotlage Berlins als äußerst ungünstig eingestuft werden. Es wird nicht möglich sein, das für die neu zu schaffenden Organisationseinheiten benötigte Personal neu einzustellen. Stellenbesetzungen werden nur zu Lasten Anderer durch Umsetzung von vorhandenem Personal durchgeführt werden können. Ebenso werden keine zusätzlichen Sachmittel in den Haushalt eingestellt werden können. Die notwendigen Beschaffungen werden zu Lasten anderer Aufgaben und Projekte durchgeführt werden müssen. Mit der Erarbeitung des Umsetzungsplans im dritten Abschnitt des Projekts wird sich zeigen, wie und ob alle theoretischen Ansätze des Sollkonzepts unter diesen Rahmenbedingungen realisierbar sein werden.

Sehr positiv ist dagegen die Zusammenarbeit der Länder Berlin und Brandenburg innerhalb der beiden GDI-Initiativen zu bewerten. Der gegenseitige Informationsfluss und die Beteiligung an Arbeits- und Entscheidungsprozessen des jeweils anderen haben ein kaum noch zu verbesserndes Niveau erreicht. Schon jetzt geben die benachbarten GDI-Initiativen sich gegenseitig wichtige Impulse. Die an dieser Zusammenarbeit Beteiligten blicken optimistisch in die Zukunft und halten es nicht nur für notwendig sondern auch für realistisch, dass die beiden GDI-Initiativen in naher Zukunft in einer gemeinsamen GDI münden.

Literaturverzeichnis

- (1) Grundlagenpapier „Aufbau einer Berliner Geodateninfrastruktur“ vom 3.06.2004
- (2) Grundsatzbeschluss „Aufbau einer Berliner Geodateninfrastruktur“ vom 21.06.2004
- (3) Interne Papiere des Projekts GDI-Berlin
- (4) IMAGI: Geoinformation und moderner Staat, Frankfurt am Main 2002
- (5) Bernard/Fitzke/Wagner: Geodateninfrastruktur - Grundlagen und Anwendungen, Herbert Wichmann Verlag
- (6) E-Government im Land Berlin; Ziele, Strategie und Handlungsfelder einer interaktiven Verwaltung - Masterplan -
- (7) E-Government - Strategie SenStadt, Oktober 2003

